

# EU-Osterweiterung: Chance oder Herausforderung für die Wirtschaft?

Von Prof. Dr. Ottmar Schneck [www.ottmar-schneck.de](http://www.ottmar-schneck.de)

Am 01. Mai 2004 traten 10 Länder aus Ost- und Südosteuropa in die Europäische Union ein. Die Beitrittsländer sind Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Malta und Zypern. Drei Jahre später, also im Jahr 2007, kommen dann noch Bulgarien und Rumänien hinzu. Die deutliche Verschiebung der EU-Grenzen nach Osten wird nicht nur die Gestalt der Union deutlich verändern, auch die alten Mitgliedsländer der EU werden die damit einhergehenden Veränderungen deutlich zu spüren bekommen.

In politischer Hinsicht ist die EU-Osterweiterung ein historischer Vorgang, nämlich die endgültige Überwindung der seit dem Zweiten Weltkrieg bestehenden Zweiteilung Europas. Das „westeuropäische Modell“, das auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Beachtung von Menschen- und Minderheitenrechten basiert, wird nach Osten ausgedehnt. Die Voraussetzungen für Stabilität, Frieden und Wohlstand in allen Teilen Europas werden damit geschaffen.

Mit der Ost- und Süderweiterung wuchs nicht nur die Zahl der Mitgliedsstaaten der EU von 15 auf 25, sondern auch die Bevölkerung von 375 Mio. auf über 450 Mio. Bürger und die Gesamtfläche um fast ein Viertel (immerhin das doppelte Gebiet der Bundesrepublik).

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP), also der Marktwert aller Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres von der EU produziert werden, steigt jedoch gerade einmal um 4,5% und damit um einen Betrag, der lediglich dem BIP der Niederlande vergleichbar ist (ca. 400 Mrd. Euro). Das BIP von Bulgarien und Rumänien, die 2007 zur EU stoßen werden, entspricht mit gegenwärtig rund 60 Mrd. Euro noch nicht einmal der Hälfte des portugiesischen BIP. Wenn eines Tages dann auch die Türkei Mitglied der EU werden wird, dann entspricht ihr Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt der Union mit 180 Mrd. Euro gerade einmal dem von Dänemark, und das bei einer Inflationsrate von derzeit 50% pro Jahr, einem Haushaltsdefizit von 15% und hoher Auslandsverschuldung.

Bringt die EU-Osterweiterung der Wirtschaft also Chancen und gesamtwirtschaftliche Erträge, oder birgt sie vielmehr ungeahnte Kosten und Risiken?

In gewisser Weise gibt es einen historischen Vergleich: Als Spanien und Portugal im Jahr 1986 der EU beigetreten sind, lag die Wirtschaftskraft beider Länder ebenfalls weit unter dem Durchschnitt der anderen Mitgliedsländer der Gemeinschaft.

Durch den EU-Beitritt haben sowohl Spanien als auch Portugal einen Aufschwung erlebt, der den Menschen auf der iberischen Halbinsel einen nachhaltigen Wohlstand gebracht hat.

Das gibt Anlass zur Hoffnung, dass sich eine ähnliche Erfolgsstory auch in Osteuropa wiederholen könnte.

Durch den EU-Beitritt der zehn osteuropäischen Länder entsteht ein größerer Wirtschaftsraum und damit auch ein größerer Absatzmarkt, von dem insbesondere deutsche Unternehmen wegen ihrer geographischen Nähe zu Osteuropa profitieren werden. Die Bundesrepublik wird dadurch in Form von steigendem Außenhandel mit Waren und Dienstleistungen, aber auch durch Exportwachstum profitieren.

In den alten EU-Ländern setzt man daher auf den konjunkturellen Schub, den die Erweiterung bringen soll. Die EU-Kommission rechnet mit einem zusätzlichen Wachstum von 0,2 Prozent durch die Aufnahme der Neumitglieder. Die meisten Staaten, allen voran Deutschland, können eine solche Wachstumsspritze gut

### Wichtige statistische Daten der EU-Mitgliedsländer

Land (EU alt)	Fläche (km <sup>2</sup> )	Bevölkerung (in Mio.)	BIP (in Mio. €)	BIP pro Kopf
Deutschland	357,021	83,252,000	2,184,000	26,600 €
Frankreich	547,030	59,766,000	1,540,000	25,700 €
Großbritannien	244,820	59,778,000	1,520,000	25,300 €
Italien	301,230	57,716,000	1,438,000	25,000 €
Belgien	30,510	10,275,000	297,600	29,000 €
Niederlande	41,526	16,068,000	434,000	26,900 €
Luxemburg	2,586	449,000	20,000	44,000 €
Schweden	449,964	8,877,000	227,400	25,400 €
Österreich	83,858	8,170,000	226,000	27,700 €
Spanien	504,782	40,077,000	828,000	20,700 €
Portugal	92,391	10,084,000	182,000	18,000 €
Griechenland	131,940	10,645,000	201,100	19,000 €
Irland	70,280	3,883,000	111,300	28,500 €
Dänemark	43,094	5,369,000	155,500	29,000 €
Finnland	337,030	5,184,000	136,200	26,200 €
<b>EU (alt) Gesamt</b>	<b>3,238,062</b>	<b>379,593,000</b>	<b>9,501,100</b>	<b>25,030 €</b>

### Wichtige statistische Daten der EU-Beitrittsländer

Land (EU neu)	Fläche (km <sup>2</sup> )	Bevölkerung (in Mio.)	BIP (in Mio. €)	BIP pro Kopf
Estland	45,226	1,416,000	15,200	10,900 €
Lettland	64,589	2,367,000	20,000	8,300 €
Litauen	65,200	3,601,000	29,200	8,400 €
Polen	312,685	38,625,000	368,100	9,500 €
Tschechien	78,866	10,257,000	155,900	15,300 €
Slowakei	48,845	5,422,000	66,000	12,200 €
Slowenien	20,273	1,933,000	36,000	18,000 €
Ungarn	93,030	10,075,000	134,700	13,300 €
Malta	316	398,000	7,000	17,000 €
Zypern	9,250	767,000	9,100	15,000 €
<b>EU (neu) Gesamt</b>	<b>738,280</b>	<b>74,861,000</b>	<b>841,200</b>	<b>11,240 €</b>

Land	Fläche (km <sup>2</sup> )	Bevölkerung (in Mio.)	BIP (in Mio. €)	BIP pro Kopf
Bulgarien	110,910	7,621,000	50,600	6,600 €
Rumänien	237,500	22,318,000	152,700	6,800 €
Türkei	780,580	67,309,000	468,000	7,000 €

(Quelle: The CIA World Factbook 2002)

gebrauchen. Denn das durchschnittliche Wachstum der EU-Bruttoinlandsprodukts fällt gegenwärtig eher dürftig aus.

Um diese Vorteile realisieren zu können, benötigen die alten wie die neuen Mitgliedsländer allerdings einen institutionellen Rahmen, der den mit der EU-Erweiterung zwangsläufig eintretenden Strukturwandel und die flexible Anpassung von Unternehmen und Arbeitnehmern an veränderte Wettbewerbsbedingungen fördert und nicht blockiert. Ein solcher Rahmen sollte von der Politik vorgegeben werden, er besteht derzeit aber leider nur sehr bedingt.

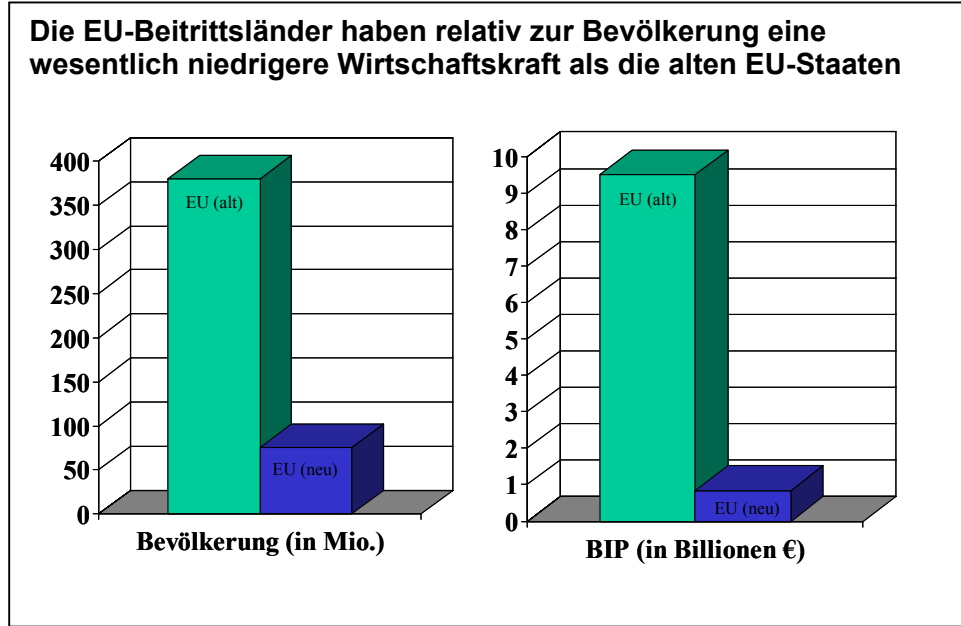
Viele Bürger in den alten EU-Ländern sehen die Erweiterung folgerichtig mit ausgesprochen gemischten Gefühlen entgegen. Eine große Sorge ist beispielsweise, dass sie Arbeitsplatzverluste mit sich bringen wird, sei es durch den Zuzug von Arbeitskräften aus Osteuropa, sei es durch die Verlagerung von Investitionen in Billiglohnländer wie Polen, Tschechien oder die Slowakei. Außerdem hat man Angst vor der möglicherweise zunehmenden Kriminalität.

Hinzu kommt, dass viele Bürger in Westeuropa das Gefühl haben, von ihren Politikern wieder einmal vor vollendete Tatsachen gestellt worden zu sein. Denn außer in Irland hat überhaupt keine Regierung eine Volksabstimmung zur Frage der EU-Erweiterung durchführen lassen. Dort wurde der Vertrag von Nizza, der wichtige Beschlüsse im Hinblick auf die Erweiterung enthält, im ersten Durchgang dann auch prompt abgelehnt. Erst in einem zweiten Referendum stimmten die Iren dem Vertragswerk dann im Oktober 2002 zu.

Auch in einigen Kandidatenländern ist mittlerweile die erste Euphorie über die neue Gemeinschaft mit dem Westen verflogen. Das einhellige Lamento in Polen, Tschechien oder Ungarn lautet, dass die EU zu „knauserig“ sei und für die armen Beitrittsländer noch mehr Geld bereitstellen solle. Dabei haben die alten Mitgliedsländer mit ihrer Zusage, die EU-Erweiterung mit zunächst 40,8 Mrd. Euro zu unterstützen, ihre finanziellen Möglichkeiten nach eigener Aussage bereits ausgereizt. Zuweilen scheint es, dass viele Politiker in den alten und neuen Ländern der EU „Integration“ ausschließlich als „finanzielle Integration“ begreifen und der Beitritt von vielen mit einem Platz am Futtertrog der EU gleichgesetzt wird.

Der Erfolg der EU-Erweiterung wird entscheidend davon abhängen, wie rasch es den Beitrittsländern gelingt, wirtschaftlich aufzuholen. Dies ist jedoch nur zu einem kleinen Teil eine Frage der Höhe finanzieller Transferleistungen, sondern vor allem eine Frage der Richtung und Glaubwürdigkeit der ihrer Wirtschaftspolitik, das belegen die Erfahrungen der „alten“ EU deutlich.

Von den meisten Neumitgliedern wird nämlich nicht nur der Beitritt zur EU angestrebt, sondern auch ein möglichst rascher Ein-



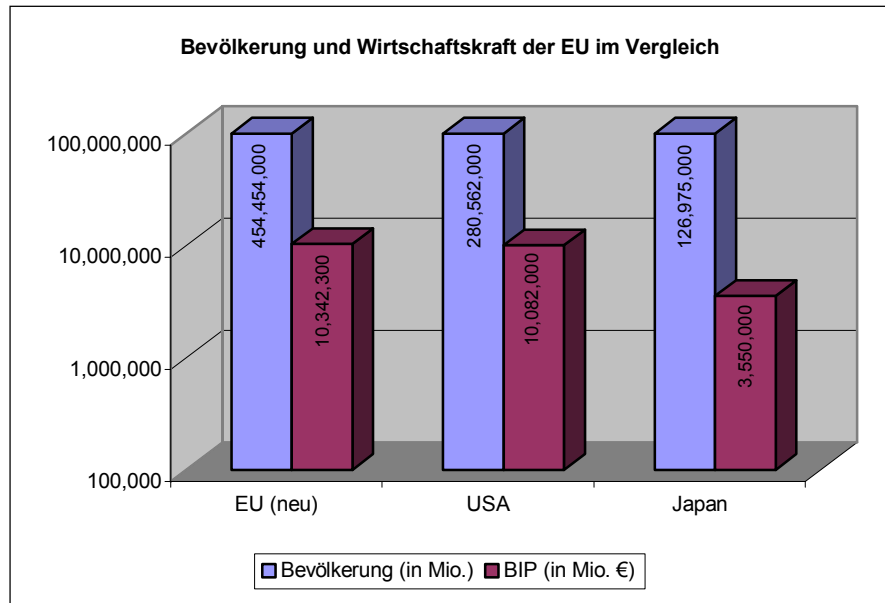
tritt in die europäische Währungsunion. Die Einleitung der dafür notwendigen Schritte kann die wirtschaftliche Anpassung beschleunigen, aber auch verlangsamen, wenn die Voraussetzungen für den Euro kurzfristig unerreichbar erscheinen. Vor übertriebenen Hoffnungen auf eine rasche Anpassung der Einkommen an den EU-Durchschnitt muss jedenfalls gewarnt werden.

Welchen wirtschaftspolitischen Weg wir die erweiterte EU einschlagen? Schon heute ist erkennbar, dass die Verteilungskämpfe zwischen den Mitgliedsstaaten zunehmen werden. Spätestens in den Verhandlungen zum nächsten mittelfristigen EU-Finanzplan für die Jahre ab 2007 werden sie in voller Schärfe entbrennen. Dann dürfte sich zeigen, dass die finanziellen Kosten der Erweiterung die Möglichkeiten der EU bis aufs Äußerste strapaziert haben.

Die Empfänger von Strukturmittelfonds (allen voran Spanien), die durch die Erweiterung zukünftig aus der Förderung herausfallen, haben bereits angekündigt, dass sie das nicht hinnehmen werden. Das gleiche gilt für die Begünstigten der gegenwärtigen Agrarpolitik der EU. Es ist zu erwarten, dass jede neue Erweiterungsrunde diese Konflikte weiter verschärfen wird, insbesondere auch deshalb, weil mit Bulgarien, Rumänien und vor allem der Türkei drei besonders arme Länder zum Beitritt anstehen.

Die Zukunft der Europäischen Union als eine handlungsfähige und zukunftsweisende Staatengemeinschaft erscheint unter diesen Umständen eher zweifelhaft. Doch gibt es überhaupt Alternativen? Eine Umkehr der räumlichen Expansion ist politisch sicherlich ausgeschlossen. Nur auf der Zeitachse ist noch Bewegung möglich. Die Option einer

„Teilmitgliedschaft“ für die Beitrittsländer, die sich z.B. auf eine Teilnahme am europäischen Binnenmarkt beschränken würde, wird von den Beitrittskandidaten als nicht akzeptabel abgelehnt. Die Antragssteller



wollen nicht nur voll mitentscheiden, sondern vor allem auch an den für sie einträglichen Bereichen Agrarpolitik, Strukturpolitik und Europäische Währungsunion uneingeschränkt teilnehmen.

Die EU-Osterweiterung bietet sicher Chancen für die Wirtschaft, die natürlich zu begrüßen sind, ebenso wie die endgültige Überwindung der Teilung Europas. Doch bestehen zugleich auch eine ganze Reihe nicht unerheblicher Risiken, die vor allem darauf zurückzuführen sind, dass die Politik weitreichende Entscheidungen getroffen hat, ohne dabei in ausreichendem Maße den Willen der Bevölkerung Europas zu berücksichtigen und zugleich den notwendigen ökonomischen Sachverstand einzuholen. Die damit einhergehenden Herausforderungen für die Wirtschaft sind gewaltig.